

# Simbabwes Diamanten und die Menschenrechte - Der Kimberley Prozess auf dem Prüfstand

Zusammenfassung des Rundtischgesprächs mit  
Menschenrechtsvertretern aus Simbabwe

28. September 2011, 11.00- 13.00 Uhr, Beletage der Heinrich-Böll-Stiftung, Berlin

Referenten: Mike Davis (Global Witness), Farai Maguwu (Centre for Research and Development, Simbabwe), Machinda Marongwe (National Association of Non-Governmental Organisations, Simbabwe).

Begrüßung: Marie Müller (BICC; Fatal Transactions)

Moderation: Lilli Fuhr (Heinrich-Böll-Stiftung)

Das Kimberley Prozess Zertifizierungssystem, das im Jahr 2003 begann, soll sicherstellen, dass keine Rohdiamanten in den Handel einfließen, die zur Finanzierung von Rebellengruppen beitragen. Die Staaten tragen dabei die Verantwortung zu garantieren, dass die Diamanten konfliktfrei abgebaut werden. Dazu stellen sie Zertifikate aus, die jeder Rohdiamant haben muss, der über internationale Grenzen verkauft wird.

Positiv am Kimberley Prozess ist nach Meinung von Mike Davis, dass durch die Institutionalisierung eines solchen Zertifizierungsprogramms erstmals eine Plattform geschaffen wurde, auf welcher Informationen über den Diamantenhandel zugänglich sind. Dieses traditionell verschlossene Geschäft erfährt dadurch eine erhöhte Transparenz. Zusätzlich ist die verstärkte institutionelle Verankerung der Kontrollen vor allem in afrikanischen Ländern ein positiver Effekt des Kimberley Prozesses. Dies führt neben der besseren Steuerung auch zu einer Erhöhung der Steuereinnahmen in afrikanischen Ländern. Durch die Entstehung des Kimberley Prozess ist das Thema inzwischen nicht nur Teil der internationalen Agenda, sondern kann auch regional besser angesprochen werden.

Die Probleme im Kimberley Prozess sind jedoch gravierend. Grundsätzlich hat der Kimberley Prozess es bis heute nicht geschafft ‚Blut-Diamanten‘ aus dem internationalen Diamantheandel zu halten. Es gibt einige Beispiele für das Versagen des Kimberley Prozesses. Im Fall der Elfenbeinküste gibt es keinerlei Kontrollen und auch Venezuela ist nach langer Nicht-Implementierung der Regelungen aus dem Kimberley Prozess ausgestiegen. Der Fall von Simbabwes Marange-Feldern fällt jedoch besonders auf. Die Gründe des Scheiterns sind vielschichtig. Mike Davis zufolge ist an erster Stelle die Definition der vom Handel ausgeschlossenen Diamanten zu eng. Denn ‚Blut-Diamanten‘ entstehen nicht allein durch gewalttätige Rebellengruppen. Auch Regierungen üben Verbrechen gegen die eigene Bevölkerung aus, wie im Fall von Simbabwe, wo 2008 bei der Besetzung der Marange-Felder durch Regierungstruppen 200 Minenarbeiter getötet wurden. Zusätzlich umfasst der Kimberley Prozess einzig Rohdiamanten, was zur Folge hat, dass geschmuggelte Diamanten geschliffen werden, um dann in den Markt zu gelangen. Der Handel mit verarbeiteten Diamanten bleibt außerhalb des Kimberley Prozesses. Ein weiteres Problem stellt die Industrie dar, die sich ihrer Verantwortung entzieht und die Verantwortung allein den Staaten überlässt.

Die Situation in Simbabwe hat viele der erwähnten Probleme aufgedeckt und es stellt sich die Frage, wie man dagegen vorgehen kann. Machinda Marongwe beschreibt die politische Situation in Simbabwe als geprägt von Gewalt. Die bis 2009 alleinige Herrschaft von Mugabe und der Zanu-PF Partei wurde immer wieder durch Gewalt zementiert und weiter erhalten. Beispielsweise wurde die Landreform, die die weißen Grundbesitz unter der Bevölkerung

aufgeteilt werden sollte, als Nacht- und Nebelaktion durchgeführt, wobei der Besitz in die Hand der Parteigenossen Mugabes wanderte. Die Tradition der Gewalt setzt sich jedoch auch jetzt, trotz Koalitionsregierung, fort, da die politischen Institutionen jeglicher Art noch immer von der Zanu-PF kontrolliert werden. Durch die Entdeckung der Diamantenfelder in Marange konnte sich die finanziell angeschlagene Zanu-PF 2008 wieder konsolidieren und ist daher nicht bereit von den Diamantenfeldern abzulassen. Die bevorstehenden Wahlen stellen eine besondere Gefahr dar, weil die Zanu-PF politische Gewalt mit Geldern aus dem illegalen Diamantenhandel finanzieren könnte.

Die Situation in den Feldern selber ist nicht leicht zu beurteilen, da es für Simbabwer fast unmöglich ist, das Gebiet zu betreten. Das ‚Center for Research and Development‘ versucht die Menschenrechtsverletzungen sowie die Implementierung des Kimberley Prozess vor Ort zu verfolgen und zu dokumentieren. Nachdem Farai Maguwu und seine Kollegen 2008 die internationale Gemeinschaft auf die Zustände in den Diamantfeldern aufmerksam machten, wurde im Juni 2009 eine ‚Fact-finding-mission‘ nach Simbabwe gesendet. Im Anschluss wurde ein Arbeitsplan entworfen, der die nötigen Schritte für Simbabwe aufzeigt, um die Vorgaben des Kimberley Prozesses zu erfüllen. Inzwischen wurden einige der Vorgaben oberflächlich erfüllt. Es wurden neue Maschinen und Sicherheitssysteme gekauft und ein Teil des Militärs abgezogen, das die Felder besetzt hielt und für die Menschenrechtsverletzungen verantwortlich war. Dieses wurde mit privaten Sicherheitskräften der Firmen ersetzt, die sich jedoch u.a. aus ehemaligen Militärangehörigen rekrutieren. Farai Maguwu zufolge sind diese privaten Sicherheitskräfte inzwischen größtenteils für Menschenrechtsverletzungen verantwortlich. Sie hetzen Hunde auf illegale Minenarbeiter. Allein im Juni 2011 wurden dabei acht Arbeiter getötet, für die bis heute niemand zur Verantwortung gezogen wurde. Die Gewalttaten von Seiten der staatlichen Sicherheitskräfte konzentrieren sich auf Zeiträume vor hohem Besuch, wie von Präsident Mugabe oder internationalen Delegationen. So folgt diese inzwischen sporadische Gewaltanwendung doch bestimmten Mustern und die Situation ist nach wie vor bedenklich. Die Minenarbeiter können noch immer keine Lizenzen erwerben. Daher können diese nach Misshandlungen keinerlei ärztliche Hilfe aufsuchen, aus Angst verhaftet zu werden. Das Center for Research and Development versucht die Minenarbeiter ausfindig zu machen, um ihnen Hilfe zu kommen zu lassen.

Um den Kimberley Prozess aus der Krise zu helfen und die Situation in Simbabwe zu verbessern, sollen nach Meinung der Referenten die Staatengemeinschaft genau auf die Umsetzung achten und sich nicht mit den oberflächlichen Verbesserungen der simbabwischen Regierung zufrieden geben. Die Politik Südafrikas ist auf ökonomische Interessen gerichtet und lässt Diamantenimporte aus Marange offiziell zu. Sie ist deswegen nicht hilfreich.

Die allgemeinen Probleme des Kimberley Prozesses können nur durch eine Erweiterung der Definition von Konfliktdiamanten gelöst werden, die jegliche Gewalt in den Minen ausschließt und geschliffene Diamanten einbezieht. Die zivilgesellschaftlichen Organisationen müssen in Zukunft einen besseren Stand innerhalb des Prozesses gewinnen. Um den Zertifizierungsprozess zu untermauern, benötigt es einer besseren rechtlichen Basis.